

## VII ZB 62/08 - Keine AGB Kontrolle bei Zwangsvollstreckung

Der Bundesgerichtshof hatte die infolge zunehmender Veräußerungen von Kreditforderungen an Finanzinvestoren auftretende Frage zu entscheiden, ob sich der Eigentümer eines mit einer [Grundschild](#) belasteten Grundstücks, der sich der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes [Vermögen](#) unterworfen hat, im Verfahren der Klauselerinnerung darauf berufen kann, die Unterwerfungserklärung sei wegen Verstoßes gegen § [307 Abs. 1 BGB](#) unwirksam.

Der [Schuldner](#) wendet sich gegen die Erteilung einer Vollstreckungsklausel für eine notarielle [Urkunde](#), aus der die [Gläubigerin](#), eine Treuhänderin eines amerikanischen Finanzinvestors, die Zwangsvollstreckung aus abgetretenem Recht betreibt.

Zur Sicherung einer Darlehensschuld hatte der [Schuldner](#) zu Gunsten seiner das Darlehen gewährenden Bank eine Sicherungsbuchgrundschuld an seinem [Grundstück](#) bestellt und sich in der Bestellungsurkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes [Vermögen](#) unterworfen. Nachdem die Darlehensforderung und die [Grundschild](#) an eine andere deutsche Bank abgetreten, diese mit einer weiteren deutschen Bank verschmolzen worden war und ihre Rechtsform gewechselt hatte, wurden die Forderung und die [Grundschild](#) an die [Gläubigerin](#) abgetreten. Der [Gläubigerin](#) wurde durch den zuständigen Notar eine auf sie als Rechtsnachfolgerin lautende Vollstreckungsklausel erteilt, aus der sie die Zwangsvollstreckung betreibt.

Die Vollstreckungserinnerung des Schuldners, mit der er sich gegen die Rechtmäßigkeit der Vollstreckungsklausel wendet, hat das [Amtsgericht](#) zurückgewiesen. Auf Beschwerde hat das Landgericht die Zwangsvollstreckung aus der [Urkunde](#) für unzulässig erklärt, da die [vorformulierte](#) Unterwerfungserklärung eine [unangemessene Benachteiligung](#) im Sinne des § [307 Abs. 1 Satz 1 BGB](#) darstelle, wenn die Bank die Kreditforderung an beliebige Dritte u. a. auch an Finanzinvestoren, die keiner Bankenaufsicht unterliegen, abtreten können.

Der Senat hat den Beschluss des Landgerichts aufgehoben und die sofortige Beschwerde des Schuldners gegen den Beschluss des Amtsgerichts zurückgewiesen.

Nach ständiger Rechtsprechung kann der [Schuldner](#) mit der Vollstreckungserinnerung nach § 732 [ZPO](#) nur Einwendungen gegen eine dem [Gläubiger](#) erteilte Vollstreckungsklausel erheben, die Fehler formeller Art zum Gegenstand haben. Der Notar, der die Vollstreckungsklausel erteilt, hat nach allgemeinen Regeln zu prüfen, ob ein formell wirksamer Titel mit vollstreckungsfähigem Inhalt vorliegt, und im Falle der Rechtsnachfolge, ob diese, soweit sie nicht offenkundig ist, durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte [Urkunden](#) nachgewiesen ist. Eine weitergehende Prüfungsbefugnis steht dem Notar nicht zu. Der Notar ist also nicht zur Prüfung befugt, ob eine Unterwerfungserklärung den [Schuldner](#) entgegen [Treu und Glauben](#) unangemessen benachteiligt. Er muss die [Klausel](#) erteilen, wenn bei der formellen Prüfung keine Bedenken bestehen.

Beschluss vom 16. April 2009 [VII ZB 62/08](#) - PM BGH 79/09